

AMT

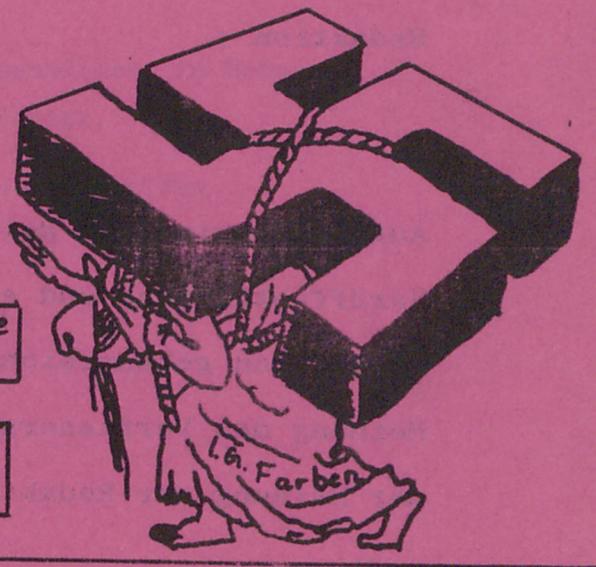
ein organ der fachschaft chemie N° 21 III/68

DER FASCHISMUS UND DIE DIE DEUTSCHE CHEMIEINDUSTRIE



SKODA-Werke
Wetzlar

Aussiger
Verein





Inhalt :

Inhalt/Impressum.....	2
In eigener Sache.....	3
Der Faschismus und die Deutsche Chemieindustrie.....	4
Chemiestudium an der Gesamthochschule Kassel.....	13
Plastik auf dem Vormarsch.....	14
Einsatz und berufliche Entwicklung von Frauen.....	18
Ergebnisse der Vordiplomsprüfungen.....	20
Das gläserne Abflußrohr.....	21
Vortragsreihe Umweltforschung:	
Umwelt und Politik.....	24
Übrigens.....	26

Impressum :

Herausgeber : Fachschaftsrat Chemie der THD

Druck : AStA-Druck der THD

Kontaktadresse : Redaktion TNT, Petersenstr. 22
Raum 016, 6100 Darmstadt

Redaktion : Uschi Sprengel, Armin Walcher,
Hartmut Lies, Peter Loock,
Jürgen Kreuzig

Außerredaktionelle Beiträge sind namentlich gekennzeichnet.
Veröffentlichung und sinngemäße Kürzung behalten wir uns vor.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben in erster Linie die
Meinung des Verfassers wieder und entsprechen nicht unbedingt
der Meinung der Redaktion.

Auflage : 750 Exemplare

TNT erscheint im sechsten Jahrgang und mindestens einmal
pro Semester.



in eigener sache

Zu unserem Bedauern mußten wir feststellen, daß während der Entstehung der letzten TNT-Ausgabe unser Korrektor geistig und körperlich abwesend war.

Deswegen an dieser Stelle eine kleine Nachlese seinerseits:

- S.2 ... mit Namen gekennzeichnet.
- S.3 TNT = 2,4,6-Trinitrotoluol (peinlich, peinlich)
- S.10 ..., als wenn... (nicht mein Stil)
- S.13 ... Video-Wettbewerb
- S.19 "Im übrigen...
... Dafür sollten wir mehr Vorlesungen und Seminare
(z.B. PC). Wo ist das Verb?
- S.20 ... Zahl der Gesamtstunden ...
... zum Kochen ...
- S.21 ... des betroffenen Semesters ...
... das überhöhte Pensum ...
... ein Beispiel dafür, daß ...
- S.24 Der erste Satz hat kein Subjekt!

Nicht im einzelnen aufgeführt sind die unzähligen Leerschläge zuviel bzw zuwenig, zuzüglich einiger Kommata und Punkte, die fehlen bzw an der falschen Stelle stehen. Hoffentlich ist wenigstens deren Gesamtzahl richtig!

Herzlichen Glückwunsch an Matthias Lergenmüller. In Deinem Artikel fand ich nicht einen einzigen Fehler.

Vielleicht sollte das nächste TNT-Preisausschreiben "Wer findet die meisten Fehler?" als Thema haben.

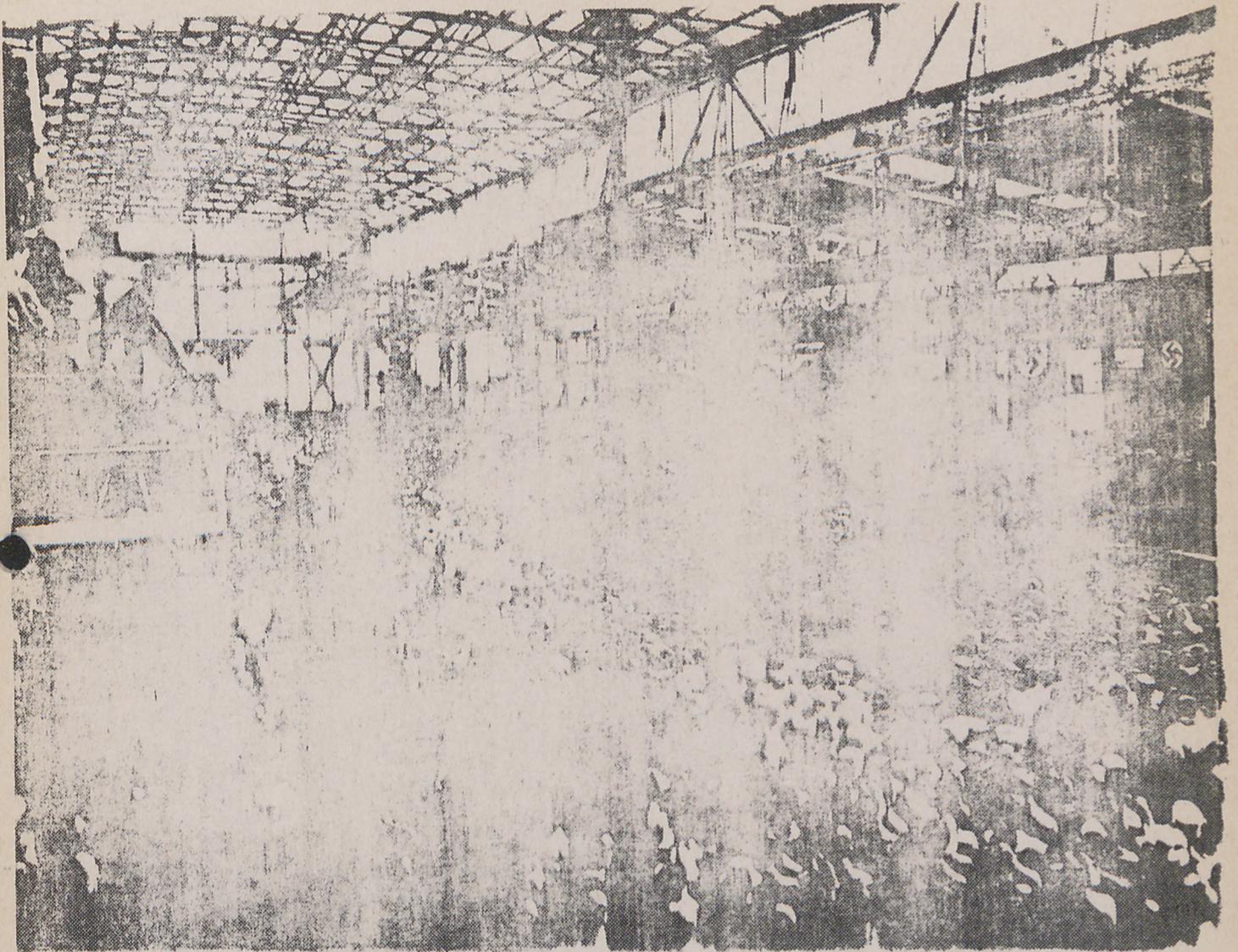
WER SCHENKT UNS EINEN REDAKTIONSDUDEN???



DER FASCHISMUS UND DIE DEUTSCHE CHEMISCHE INDUSTRIE
ZUR ENTSTEHUNG DER I.G. FARBEN
TEIL III

Rückblick: Nach dem 1. Weltkrieg hat die deutsche chemische Industrie ihre Vormachtstellung auf dem Weltmarkt verloren. Viele Patente gingen nach dem Krieg in die Hände der ausländischen Konkurrenz; das Monopol auf das Haber-Bosch-Verfahren war gebrochen. Mit dem Untergang des Kaiserreichs, für dessen militärischen Sieg Giftgase, Sprengstoffe und andere kriegswichtige Güter produziert worden waren, gerieten die Interessenvertreter der chemischen Industrie vorübergehend als Kriegsverbrecher ins Kreuzfeuer. Doch die Weltpresse, unterstützt von Geschäftsfreunden der I.G. im Ausland, und der Nobelpreis für den Giftgaschemiker Fritz Haber verhindern eine tatsächliche Anklage. Die I.G. Farben versucht mit allen Mitteln, ihre Vormachtstellung zurückzuerlangen. Der Versuch, durch Aktienkäufe den französischen Kuhlmann-Konzern auszuschalten, schlägt fehl. Weitergehende Verträge mit Kuhlmann sichern der I.G. Europa mit Ausnahme Frankreichs als Absatzmarkt. Auch mit der Standard Oil Rockefeller's kommt man ins Geschäft: Ein Standard-Vertreter formulierte: "Die I.G. hält sich aus dem Ölgeschäft heraus - und wir lassen die Finger vom Chemiegewerbe."

Die I.G. erwirbt das Bergius-Patent für die Kohlehydrierung in der Hoffnung, mit dessen technischer Realisierung die Führung auf dem Weltmarkt zu erlangen. Die großtechnischen Projekte hierfür werden immer kostspieliger und die Entdeckung gigantischer texanischer Erdölvorkommen läßt den Ölpreis fallen. Die Kohleverflüssigung ist jenseits aller Rentabilitätsbetrachtungen, doch Bosch gibt nicht auf. Deutschland, ohne nennenswerte Ölvorkommen, muß ein Interesse an einer Importunabhängigkeit von diesem wichtigen Rohstoff haben - es muß eine staatliche Subventionierung möglich sein!



Veranstaltung des Reichsarbeitsdienstes
in einem I.G.-Werk

1931 erhalten Bosch und Bergius den Nobelpreis für ihre Beiträge zur Hochdruckchemie; gleichzeitig ist die I.G. schweren Angriffen der nationalsozialistischen, sowie der kommunistischen Propaganda ausgesetzt. Für die Einen wird die I.G. zum Bestandteil der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung (führende I.G.-Köpfe sind jüdischen Glaubens: Arthur von Weinberg, Otto von Mendelssohn-Bartholdy), für die Anderen zum typischen Vertreter spätkapitalistischer Kapitalakkumulation.



Heinrich Gattineau, Pressereferent des Generaldirektors der Bayer AG (Carl Duisberg), nimmt Verbindung mit der NSDAP auf, die nach den Reichstagswahlen im Juli 1932 mit 230 Mandaten stärkste Reichstagsfraktion ist. Rudolph Hess arrangiert ein Treffen Gattineaus und Bütefischs (technischer Direktor der Ölherstellung in Leuna) mit Adolf Hitler. Die auf eine halbe Stunde anberaumte Unterredung dauert zwei Stunden. Hitler erklärt, deutsches Motorenöl sei für ein politisch unabhängiges Deutschland unabdingbar und sichert seine politische und finanzielle Unterstützung zu. Nachdem er den Bericht dieses Treffens vernommen hat, meint Bosch: "Der Mann ist vernünftiger als ich dachte."



Heinrich Bütefisch, Chemiker und Vorstandsmitglied der I.G., wurde zu sechs Jahren Gefängnis wegen Versklavung und Massenmord verurteilt

Hitler beansprucht die Kanzlerschaft - Hindenburg lehnt ab. Am 6. November 1932 finden Neuwahlen statt; dabei verliert die NSDAP 34 Sitze.

General Kurt von Schleicher wird von Hindenburg mit der Regierungsbildung betraut. Von Schleicher jedoch versagt und am 30.01.1933 wird Hitler zum Reichskanzler berufen. Allerdings werden für den 5. März Neuwahlen angesetzt.

Hjalmar Schacht, der ehemalige Reichsbankpräsident, bringt eine Zusammenkunft führender Industrieller und Bankiers im Hause Hermann Görings zustande und fordert von ihnen drei Millionen Mark für den nationalsozialistischen Wahlkampf. Die größte Einzelspende kommt von der I.G.: Das I.G.-Direktoriums-Mitglied Baron von Schnitzler "investiert" 400.000 Reichsmark. Die NSDAP verbucht einen Stimmenzuwachs von 5,5 Millionen; mittels einer Koalitionsbildung bleibt Hitler Reichskanzler.

Kurz nach der Wahl treffen Bosch und Hitler aufeinander. Hitler verspricht seine volle Unterstützung bei der Benzinsynthese. Borkin ("Die unheilige Allianz der I.G. Farben") schreibt:

"Deutschlands Unabhängigkeit von Öllieferungen war das gemeinsame Ziel beider. Bosch sprach dann ein Thema an, vor dem ihn seine I.G.-Kollegen gewarnt hatten. Er warnte Hitler, daß die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler die deutsche Physik und Chemie um hundert Jahre zurückwerfen würde. Bevor Bosch zum Ende kam, schrie Hitler: "Dann werden wir hundert Jahre ohne Physik und Chemie arbeiten!" Als Bosch versuchte, das Thema weiter zu verfolgen, klingelte Hitler nach seinem Adjudanten und erklärte mit übertriebener Höflichkeit: "Der Geheimrat wünscht zu gehen."

Bosch verteidigt die jüdischen Wissenschaftler: Nachdem Fritz Haber (an dessen deutschnationaler Einstellung aufgrund seiner "Leistungen" auf dem Gebiet der Giftgaschemie keine Zweifel bestehen dürften) wegen seiner jüdischen Abstammung seinen Berliner Lehrstuhl aufgegeben hatte, versucht Bosch, die nichtjüdischen Nobelpreisträger zu aktivieren, doch da heißt es: "Wir können nicht für die Juden die Schwerter ziehen." Max Planck versucht Hitler zur Rücknahme von Habers Ausweisung zu bewegen.

Borkin schreibt dazu:

"Hitler reagierte mit einer Brutalität, von der sich Plancks Psyche nur langsam erholte."

Im Januar 1934 stirbt Haber in Basel.

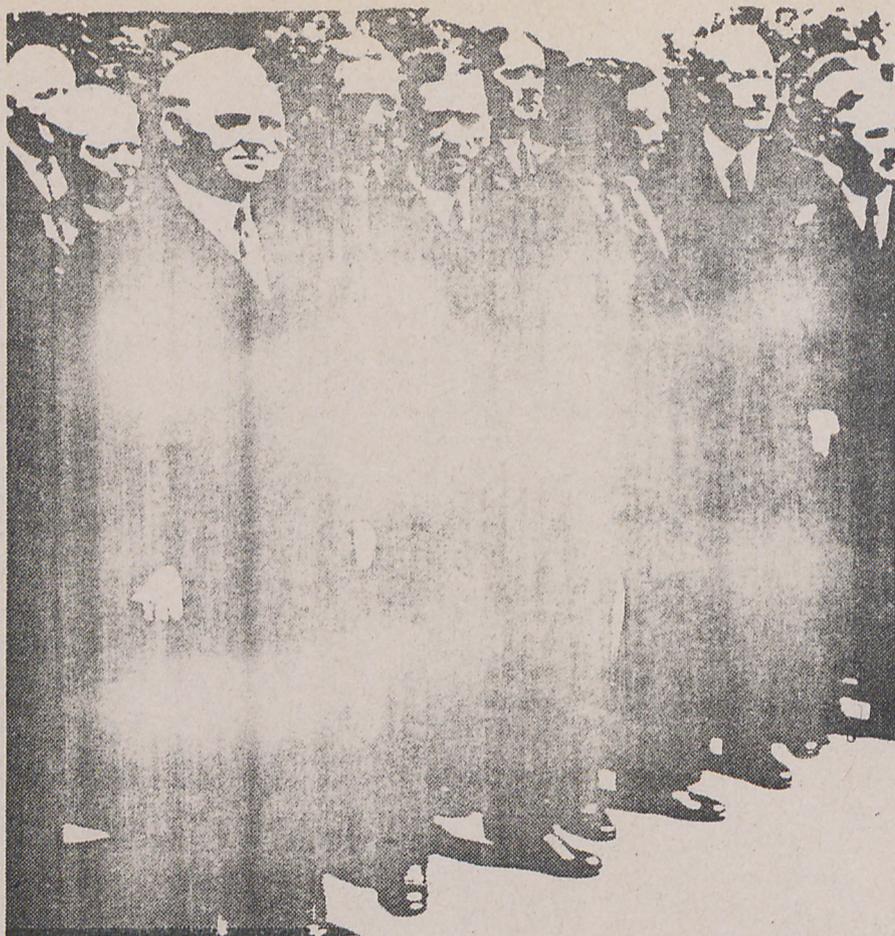
Abgesehen von solchen Konflikten mit dem Regime, findet eine Nazifizierung der Führungsstruktur der I.G.-Farben statt. Hermann Schmitz, 1915 als Leutnant Boschs Verbindungsmann im Kriegsrohstoffbüro, und I.G.-Generaldirektor ab 1935, wird zum Ehrenabgeordneten der NSDAP im Reichstag ernannt.

Bütefisch, I.G.-Vorstandsmitglied ab 1932 und NSDAP-Mitglied, wird SS-Obersturmbannführer.

Baron von Schnitzler, Boschs Geldbote an Hitler, NSDAP-Mitglied und SA-Hauptsturmführer, eröffnet in Berlin einen Salon, der zum Treffpunkt führender Nationalsozialisten und Industrieller aus dem In- und Ausland wird.

Bis 1937 werden fast alle Direktoren Parteimitglieder und alle jüdischen Direktoren (ein Drittel aller Aufsichtsräte) entfernt.

Bosch selbst hat den Posten des Generaldirektors für Schmitz frei gemacht und sich auf den des Aufsichtsratsvorsitzenden zurückgezogen.



Mitglieder des I.G.-Vorstands 1937
 von links nach rechts: Lautenschläger, Knierrim, Schmitz, Kuhne, Krauch, Ter Meer, Hermann Abs (Mitglied des Aufsichtsrats), Schnitzler und Gajewski

Im Dezember 1933 unterzeichnen die I.G. und einige Vertreter des Regimes einen Vertrag, nach dem die Kohlehydrierung in Leuna 300.000 Jahrestonnen Treibstoff bis 1937 erreichen soll.

Ebenso wie für den Rohstoff Öl lieferte die I.G. eine, wenn auch teure, Alternative zum Kautschuk: Buna. Hitler befürwortete auch hier eine rigorose Subventionierung gegen den Widerstand Schachts (Reichswirtschaftsminister 1935-37). Schacht wird durch Göring ersetzt, verliert rasch jeden politischen Einfluß und kommt 1944 in ein Konzentrationslager. Auf dem Reichsparteitag 1936 fordert Hitler Deutschlands Unabhängigkeit von ausländischen Rohstofflieferungen. Mit der Aufgabe, Deutschland für den Krieg zu rüsten, betraut Hitler Hermann Göring, den er zum Beauftragten für den Vierjahresplan ernannt. Über diesen Vierjahresplan schreibt Borkin:

"Die Kohleförderung betrachtete man als ausreichend und plante keine Ausweitung. Bei der Stahlproduktion gab es Probleme, da im Herbst 1936 klar wurde, daß die deutschen Produzenten nicht gewillt waren, die minderwertigen Erzvorkommen nur um der deutschen Selbständigkeit willen zu erschließen. Göring erwog Pläne für ein staatliches Stahlunternehmen. Somit blieb noch die Chemie-Industrie, die während der nächsten Monate neunzig Prozent der Mittel aus dem Vierjahresplan erhalten sollte. Von diesen Mitteln soll-

te wiederum die I.G. 72,7 % erhalten. Die Größe des Anteils der I.G. veranlaßte den Chef der Abteilung für die Chemie-Industrie im Wirtschaftsministerium zu der Bemerkung: "Der Vierjahresplan war praktisch ein I.G.-Plan." Einige Unternehmen protestierten gegen die Bevorzugung der I.G., und die beiden pharmazeutischen Unternehmen Schering und Merck verweigerten die Zusammenarbeit, da sie befürchteten, daß ihre Produktionsgeheimnisse der I.G. zugänglich gemacht würden, ohne daß sie einen entsprechenden Gewinn daraus zögen."



Karl Krauch
(NSDAP)
IG-Aufsichtsrat

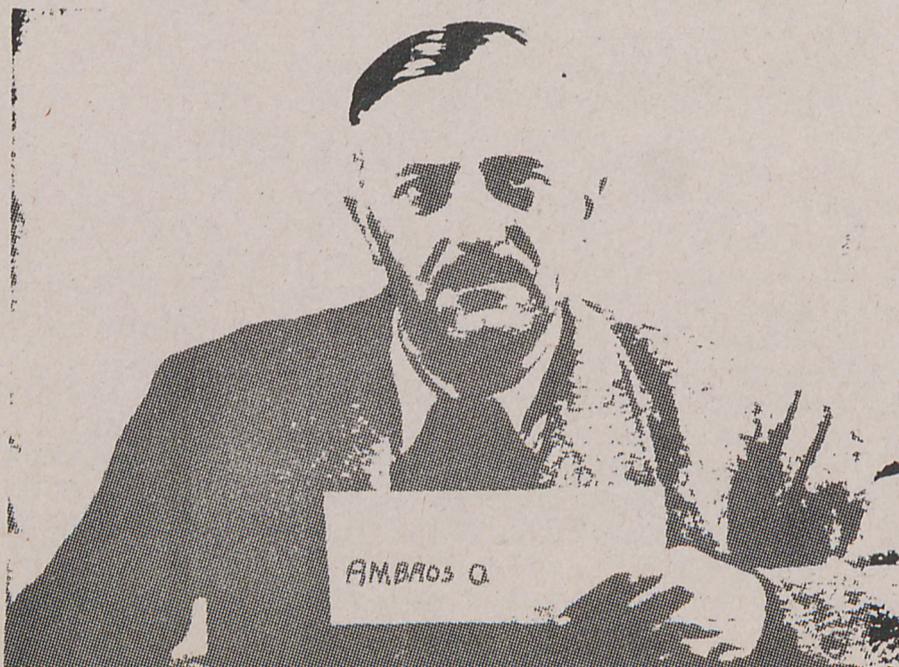
Görings Rohstoff- und Devisenstab bildet das Amt für den Vierjahresplan; dort ist Carl Krauch (I.G.-Vorstandsmitglied) Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Diesem gelingt es, die von Löb prognostizierten Zahlenwerte für den Vierjahresplan als zu niedrig hinzustellen. Im Hause Göring attackiert Krauch Löbs Planung -Göring ist von Krauch begeistert und ernennt ihn zum Generalbevollmächtigten für "Sonderfragen der chemischen Erzeugung."

Der neue Vierjahresplan ist der Krauchplan, mit stark erhöhten Produktionsziffern für synthetisches Öl, Buna und Sprengstoffe. Krauch gelingt es, mit Görings Hilfe, die durch das Heereswaffenamt festgelegte Munitionsproduktion an sich zu reißen und vergrößert die Munitionsaufträge an die I.G..



Das Luftfahrtsministerium wendet sich an Krauch: Die Luftwaffe hat keine Bleitetraethylvorräte für den Fall, daß Hitlers Einmarsch in die Tschechoslowakei zu einem europäischen Krieg führt. Deutschlands Bleitetraethylfabriken sind noch im Bau. Die 5000 t des dringend benötigten Treibstoffzusatzes müssen aus dem Ausland besorgt werden. Schmitz, Krauch und Knierim verhandeln in London mit der Ethyl-Export-Corporation - einer Tochter der Standard Oil - und erreichen, daß die letzte Bleitetraethyllieferung noch vor Hitlers Invasionstermin in Deutschland eintrifft und stärken damit Hitlers außenpolitische Position. Führend in der Bleitetraethyltechnologie ist die Ethyl-Gasoline-Corporation in den USA, eine 50%ige Tochtergesellschaft von General Motors und der Standard Oil. Sie soll der I.G. beim Aufbau deutscher Fabrikationsanlagen helfen. Der amerikanische Chemieriese Du Pont versucht, als Großaktionär von General Motors seinen Einfluß geltend zu machen und entsprechende Verträge zu verhindern. In einem Brief der Geschäftsleitung von Du Pont an den Präsidenten der Ethyl Gasoline Corporation heißt es:

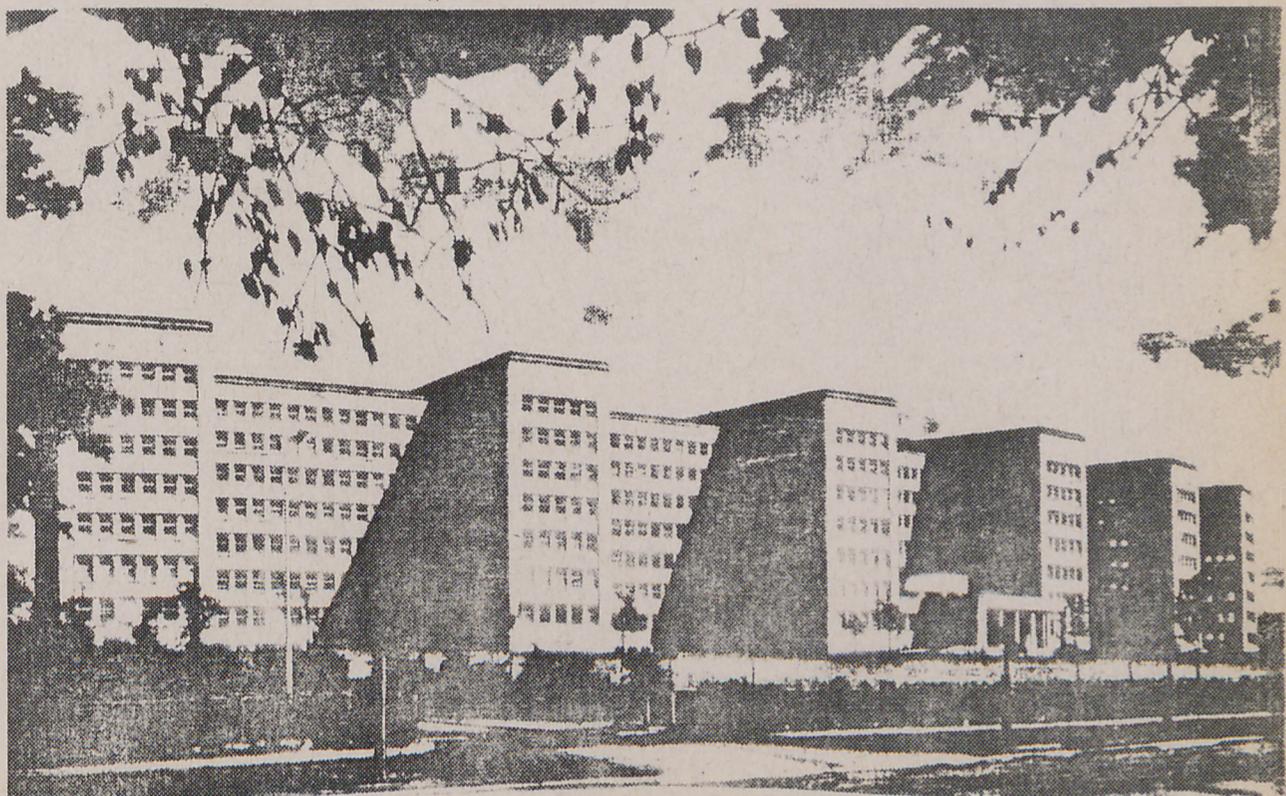
"Es wird behauptet, daß Deutschland insgeheim aufrüstet. Bleitetraethyl würde zweifelsohne von großem Nutzen für Militärflugzeuge sein. Ich schreibe Ihnen dies, um Ihnen mitzuteilen, daß meiner Meinung nach weder Sie noch das Direktorium der Ethyl Corporation irgendwelche technischen Informationen weitergeben sollten, die der Herstellung von Bleitetraethyl in Deutschland dienen könnten."



Otto Ambros. Experte für Giftgas und synthetischen Gummi im Vorstand der I. G., wurde zu acht Jahren Gefängnis wegen Versklavung und Massenmord verurteilt.

Die Ethyl Gasoline Corporation und die I.G. gründen die Ethyl GmbH, die die deutschen Bleitetraethyl-Anlagen aufbauen und betreiben soll. Selbst das US-Verteidigungsministerium hat keine Einwände. Während technisches Know-How nach wie vor in gleichem Maße von der Standard Oil zur I.G. fließt, beginnt in umgekehrter Richtung der Strom zu versiegen. Die Reichsregierung fordert stricte Geheimhaltung von der I.G.. Die I.G. warnt ihre Mitarbeiter davor, entwicklungs-technische Informationen in gleichem Maße weiterzugeben wie früher.

Der Tatbestand der Spionage ist schnell erfüllt und eine Verurteilung bedeutet die Todesstrafe. 1938 fordern Dow Chemicals und Goodyear Lizenzen zur Buna-Herstellung von Standard Oil. Nach dem "Jasco"-Abkommen zwischen Standard Oil und der I.G. hat Standard ein Anrecht auf die Buna-Patente. Durch eine geschickte Verzögerungstaktik gelingt es der I.G., nicht nur die Herausgabe der Buna-patente bis in die ersten Kriegswochen zu verzögern, sondern auch amerikanische Forschungsanstrengungen zu verhindern. Bei den Geheimverhandlungen im niederländischen Haag zwischen Standard und I.G. werden nicht nur Buna-Patente ausgetauscht, sondern auch Kaufverträge auf Vorkriegszeit zurückdatiert und "guten Freunden" zugeschachert. So schützen sich beide Konzerne vor der Beschlagnahme von Produktionsstätten durch die Regierungen der gegnerischen Staaten. Bei der genauen Durchsicht stellt man bei Standard fest, daß genaue technische Anweisungen zu den Buna-Patenten fehlen.



Hauptverwaltungsgebäude der I.G. Farben in Frankfurt



Am 07. März 1941 greifen japanische Einheiten Pearl Harbour an und schneiden damit die USA vom südostasiatischen Kautschuknachschub ab. Die amerikanische Industrie ist nicht in der Lage, eine ausgereifte Buna-Technologie zu liefern - die USA geraten in eine schwere Rohstoffkrise. In Europa hat die Konzernpolitik nichts mehr mit einem Gentlemanagreement zu tun - Erpressung und Einschüchterung, bei Ausnutzung aller verfügbarer Machtmittel, stehen hinter der Scheinlegalität offizieller Vertragsabschlüsse. Nach der Besetzung Österreichs versucht dessen größtes Chemieunternehmen (Skoda Werke Wetzler), eine Allianz gegen die I.G. aufzubauen. Isador Pollack, geschäftsführender Direktor der Skoda-Werke für die Familie Rothschild, nimmt Verbindung zum Aussiger Verein (Tschechoslowakei) und Montecatini (Italien) auf. Beide Chemie-Unternehmen wollen nicht gegen die I.G. antreten. Alle jüdischen Techniker der Skoda-Werke werden entlassen. Der Jude Johann verhandelt für Rothschild über den Verkauf der Werke; mit antisemitischen Drohungen wird Johann eingeschüchtert und der Vertragspreis gedrückt. Im Herbst 1938 gehört Skoda der I.G.. Johann kann fliehen, Pollack stirbt unter den Stiefeln der SA. Mit der Abtretung des Sudetenlandes durch die Westmächte ist der Aussiger Verein an der Reihe. Einem Glückwunschtelegramm des I.G.-Generaldirektors Schmitz an Hitler folgt eine Spende von 500.000 Reichsmark zur freien Verwendung im Sudetenland. Hierbei vergißt Schmitz nicht, die Interessen der I.G. dezent anzudeuten. Ein Viertel der Direktoren des Aussiger Vereins sind "Nicht-Arier", es handelt sich damit nach den Nürnberger Rassengesetzen um ein jüdisches Unternehmen. Am Verhandlungstisch macht die I.G. klar, daß eine Beschwerde an die deutsche Regierung Hitler durchaus veranlassen könnte, die "Rest-Tschechei" zu besetzen. Die Aussiger Direktoren erkundigen sich hierüber bei der tschechischen Regierung. Nach Bestätigung der Sachlage von Regierungsstellen verkaufen die Aussiger Direktoren zu den Bedingungen der I.G.. Einige Monate später wird ihnen klar, daß auch dieses Opfer ihr Volk nicht retten kann. Im März 1939 besetzen deutsche Truppen die Tschechoslowakei, welche als Protektorat Böhmen und Mähren dem deutschen Reich angeschlossen wird.

Borkin schreibt:

"Während ein Land nach dem anderen unter Hitlers "Operation Terror" zusammenbrach, verstärkte sich die Bindung der I.G. an die Nazis. Wie der Schakal hinter dem Löwen zog die I.G. hinter der Wehrmacht in die überrannten Länder ein."



Es ist kaum zu glauben, UNFASSBAR; der Hausmeister winkt schon von weitem:

"Es ist Post für Sie gekommen,

Ich hab' sie in Ihren Kasten gesteckt!"

Ein Leserbrief?

Der Beginn des nicht versiegenden Bilderstroms für den Wettbewerb?
Ein Brief im Kasten, welche Wellenlänge ach was, es ist eine Mitteilung der Gesamthochschule Kassel:

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gesamthochschule Kassel-Universität des Landes Hessen, hat zum WS 1984/85 den Diplomstudiengang Chemie eingerichtet. Der Studienplan an der GhK lehnt sich an die Empfehlungen der Studienreformkommission Chemie an; so ist ein Studienortwechsel nach Kassel grundsätzlich unproblematisch.

Neben den klassischen Bereichen der organischen, anorganischen und physikalischen Chemie ist an der GhK als besonderer Pflicht-Schwerpunkt das Fach Ökochemie-Umweltanalytik verankert. Außerdem besteht die Möglichkeit, sich in den Fächern Biochemie und Technische Chemie zu spezialisieren.

Mit einer geplanten Anfangszahl von etwa 30 Studenten pro Semester soll sich der Diplomstudiengang Chemie in einem überschaubaren und deshalb persönlichen Rahmen bewegen.

Bewerbungen um einen Studienplatz sind an folgende Adresse zu richten:

Studiensekretariat der GhK

Mönchebergstr. 11

3500 Kassel, Tel. 0561/8042202-05

Wenn sie an einen Studienortwechsel denken, wenden sie sich an das Sekretariat der Chemie an der GhK, Heinrich-Plett-Str. 40.

Tel. 0561/8044779 oder 8044449.

Dort können sie auch die Information bekommen, in welches Semester sie einsteigen können.

Ich möchte sie bitten, dieses Schreiben an entsprechender Stelle bekanntzugeben.

Vielen Dank für ihre Bemühungen.

Ihr

Prof. Dr. H. Parlar
Analytische Chemie der GhK-Universität

**Gesamthochschule
Kassel · Universität**

**Fachbereich 19
Biologie / Chemie**



PLASTIK AUF DEM VORMARSCH

Die Diskussion um Einweg- bzw Mehrwegbehälter ist längst ein alter Hut. Schon 1977 wurde eine "freiwillige Vereinbarung" zwischen Vertretern der Getränkeindustrie und dem damaligen Innenminister Gerhard Baum getroffen, keine großvolumigen Einwegverpackungen aus Kunststoff auf den Markt zu bringen.

Seit einiger Zeit unterläuft die Firma Coca Cola dieses Abkommen mit einer 1,5l Kunststoffflasche für ihre braune Brühe. Die "Vorteile" für alle Beteiligten liegen klar auf der Hand: Die Kunststoffflasche wiegt nur 60g und ist äußerst bruchfest; eine Schutzverpackung entfällt. Hersteller, Zwischenhändler und Verbraucher müssen weniger Platz und Energie für Transport und Lagerung aufwenden. Zum Vergleich: die 1l Mehrweg-Flasche von Coca Cola wiegt fast 900g!



Der Clou in der Argumentation der Firma liegt im verwendeten Kunststoff. Die Flasche besteht aus Polyethylenterephthalat - kurz PET - hergestellt aus Ethylenglykol und Terephthal-säuredimethylester (siehe Kasten).

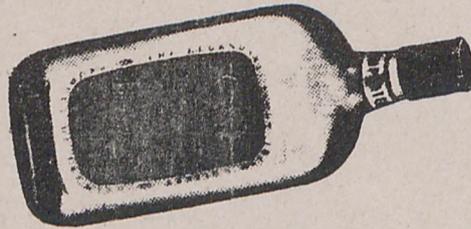


1986 sind in Westeuropa rund 120.000 t Pet-Polymer verbraucht worden. Coca Cola gibt zwei Gründe für die Einführung der PET-Flasche an:

- 1) Der Anteil an nicht recyclebaren PVC-Flaschen soll zurückgedrängt werden. (Sehr viele sog. stille Mineralwasser werden in PVC-Flaschen angeboten, die im Hausmüll den Schwermetallgehalt steigern und außerdem in Verbrennungsanlagen für chlorierte Kohlenwasserstoffe - bis zu Dioxinen - mit verantwortlich sind.)
- 2) Die PET-Flasche ist recyclebar und soll in speziellen Wertstofftonnen gesammelt werden.

Dazu ist Folgendes zu sagen:

Der erste Grund ist reine Augenwischerei, da die Firma Coca Cola bisher keine PVC-Produkte vertreibt!



Die andere Begründung zeigt noch einige Haken und Ösen. Die Erfahrungen des europäischen Auslands zeigen, daß PET-Behälter eine Rücklaufquote auf freiwilliger Basis der Kunden zwischen 5 und 35 % erreichte. Höhere Quoten entstanden nur bei Vergütungs- oder Pfandsystemen auf gesetzlicher Basis (Glas hat z.Zt. eine Recyclingquote von 45%).

Die Bundesregierung plant deshalb eine Rechtsverordnung, wonach auf alle Kunststoffflaschen ein Pflichtpfand erhoben werden soll. Viel ist damit allerdings nicht erreicht, denn während eine Glasflasche im Durchschnitt 37mal wiederbefüllt wird und aus Glasscherben immer wieder neue Getränkeflaschen hergestellt werden können, ist dies beim PET NICHT möglich. Nach dem ersten Rücklauf werden aus dem zerkleinerten Kunststoff Klarsichtverpackungen u.ä. hergestellt. Dies ist kaum als Recycling sondern eher als Warteschleife vor der Deponie oder Verbrennung anzusehen.

Die Einführung eines Pflichtpfandes wird es den Verbrauchern noch schwerer machen, sich zwischen Einweg- und Mehrwegbehältern zu entscheiden. Anstelle dieser weiteren Beeinträchtigung des umweltfreundlichen Mehrwegsystems wäre eine Zulassungsbeschränkung auf wiederbefüllbare Getränkeverpackungen wesentlich sinnvoller.

.....LETZTE MELDUNG:

Die Rücknahmeverpflichtung für Einwegflaschen aus Kunststoff soll noch vor der Sommerpause vom Kabinett beschlossen werden. Das kündigte gestern der parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium, Grüner, in Düsseldorf an. Da sich die Industrie nicht zu freiwilligen Regelungen bereitgefunden habe, bleibe nur der Weg der Rechtsverordnung. Sie sieht vor, daß Getränke in Kunststoffeinwegflaschen nur noch verkauft werden dürfen, wenn der Hersteller die leeren Behälter zurücknimmt und ordnungsgemäß verwertet. Die Flaschen sollen mit 50 Pfennig Pfand belegt werden, um die Verbraucher zur Rückgabe zu bewegen. Ein Viertel des Hausmülls besteht aus Getränkeverpackungen.

dpa vom 14.6.88

Adressen:

Anti-PET-Arbeitsgemeinschaft
(APAG)
Landhausstr. 13
1000 Berlin 31
Tel. 030/8617082

Aktion Pro Mehrweg
Humboldtstr. 7
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211/678740





EINSATZ UND BERUFLICHE ENTWICKLUNG VON FRAUEN

Der Bundesarbeitgeberverband Chemie hat in seiner Mitgliederversammlung in Köln die 23seitige Ausarbeitung "Frauenbeschäftigung in der chemischen Industrie - Chancen für die Frauen, Potential für die Unternehmen" vorgestellt. Anlaß für die Herausgabe ist die seit einigen Jahren zunehmende gesellschaftspolitische Diskussion über die Rolle der Frauen im Arbeitsleben. Die Unterlage gibt in diesem Zusammenhang Hinweise für möglichst wirksame personalpolitische Maßnahmen zur Förderung der Frauenbeschäftigung.

Nachfolgend wesentliche Passagen aus dem Inhalt:

Bekanntnis der Unternehmensleitung zur Gleichbehandlung

Chancengleichheit läßt sich nur dann verwirklichen, wenn im Unternehmen Bedingungen geschaffen werden, unter denen alle Mitarbeiter, Männer wie Frauen, ihre Leistungen voll entfalten können. Aktionen und Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles können nur dann nachhaltig erfolgreich sein, wenn sie von den Unternehmen eindeutig als personalpolitisches Ziel definiert und veröffentlicht werden.

Frauenförderung durch konsequente Personalentwicklung

Frauenförderung wird in der konsequenten Einbeziehung der Frauen in die Personalentwicklung der Unternehmen bestehen. Maßnahmen, an die hierbei zu denken ist, sind z. B.:

- Jobrotation,
- Projektarbeit,
- Stellvertretung,
- Beteiligung an internen und externen Gremien,
- Einsatz von Frauen bei Vorträgen und Diskussionen,
- Einsatz im Außendienst und bei der Kundenbetreuung,
- Einbeziehung der Frauen in Fortbildungsmaßnahmen.

Frauen-Interesse für "Männerberufe" wecken

Traditionelle Frauenberufe sind insgesamt weniger chancenreich als etwa naturwissenschaftliche und technische Berufe. Der zukünftige Bedarf wird überwiegend in diesem Bereich gesehen. Deshalb sind die bereits begonnenen Bemühungen, Frauen zunehmend in diesen bisher von Männern ausgeübten Berufen auszubilden, zu verstärken. Dies gilt auch für Akademikerinnen.

Abbau von Vorbehalten bei Führungskräften

Gegenüber einer stärkeren Beschäftigung von Frauen gibt es häufig noch Vorbehalte, die zum Teil mit dem Rollenverständnis zusammenhängen, aber manchmal auch schlicht auf Vorurteilen beruhen. Viele dieser Vorbehalte sind sachlich nicht haltbar. Hier bedarf es gezielter Informationen der betrieblichen Vorgesetzten auch über das Interesse des Unternehmens an einer bedarfsgerechten Beschäftigung und Förderung qualifizierter Frauen.

Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen

Das vorübergehende Ausscheiden aus dem Berufsleben aus Gründen der Familien- und Kinderbetreuung muß nicht zwangsläufig zum Abbruch der beruflichen Entwicklung führen. So können flexible Arbeitszeiten, die vermehrte Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen sowie Urlaubs- und Krankheitsvertretungen dazu beitragen, die berufliche Entwicklung aufrechtzuerhalten bzw. nur geringfügig zu verzögern. Dazu gehört auch das Aufzeigen von Wiedereinstellungsperspektiven. Diese Überlegungen gelten auch für Fach- und Führungsebenen.

Der oben gekürzt wiedergegebene Artikel stammt aus einer Presseinformation des BUNDESARBEITGEBERVERBANDES CHEMIE und es freut mich sehr, daß sogar diese Herren die dargelegte Erkenntnis inzwischen erlangten. Jegliche radikaleren oder einklagbaren Fördermethoden, wie z.B. die Quotenregelung, werden selbstverständlich abgelehnt.



ERGEBNIS DER VORDIPLOMSPRÜFUNGEN IM STUDIENGANG CHEMIE-DIPLOM

Prüflinge insgesamt	SEMESTER							
	S83	W83	S84	W84	S85	W85	S86	W86
sehr gut	30	54	46	82	39	87	43	81
gut	3	3	1	3	2	5	1	6
befriedigend	10	27	14	26	13	40	15	36
ausreichend	12	24	24	48	19	36	22	37
	2	0	1	5	4	5	0	2

Zu den nackten Zahlen noch zwei Anmerkungen:

1. Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf das abgeschlossene Vordiplom
2. Eine eventuell auftretende Differenz zwischen der Gesamtzahl und der Summe der einzelnen Sparten ergibt die Zahl der aus verschiedenen Gründen durchgefallenen Kandidaten.

Diese Tabelle gibt die offizielle Statistik der TH Darmstadt wieder. Eine weitere Aufschlüsselung der Daten nach der Anzahl der Studienfachsemester, die die einzelnen Personen bis zum Abschluß ihres Vordiploms hinter sich gebracht hatten, ergibt noch einige interessante Details.

Das Gros der Studenten/innen schaffte das Vordiplom zwischen dem fünften und achten Fachsemester, wobei allerdings einige Ausreißer vom vierten (alte Studienordnung!!) bis zum zwölften Semester auftraten. Die erstaunlichste Diskrepanz tritt dabei im Wechsel von Sommer und Wintersemester auf. Während letztere zu 70 - 90% im fünften Semester fertig werden, schaffen es die Sommersemester nur zu 30 - 50%, im Rahmen des Studienplans ihr Vordiplom abzulegen!

Die am deutlichsten erkennbare Tendenz ist immer noch der im Hauptstudium angekommene Studentenberg. Der Wettlauf um die Diplomplätze hat begonnen!

Die wirklich interessanten Zahlen erwarte ich etwa 1990, wenn die ersten Jahrgänge der neuen Studienordnung durch die Vordiplomsphase geschliddert sind.

Aus einem Brief von Greenpeace an seine Mitglieder:

DAS GLÄSERNE ABFLUSSROHR

Die Chemische Industrie hat es schwer. Sie mußte in den letzten Jahren einiges gegen ihr angeschlagenes Image unternehmen - als Beispiel die nebenstehend abgebildete Anzeige. Insgesamt sind 1987 von den Unternehmen der Chemischen Industrie und ihrem Verband über 30 Mio. DM für Werbekampagnen ausgegeben worden. Mit diesen Millionen wirbt die Chemische Industrie um Ihr Vertrauen.



Das ist ja in den vergangenen Jahren arg strapaziert worden. Denken Sie nur an die Unfälle und illegalen Einleitungen in unsere Flüsse, an die Katastrophen am Rhein durch Firmen wie Sandoz oder BASF. In den Wochen und Monaten nach der großen Sandoz-Katastrophe gab es fast täglich eine neue Schreckensmeldung in den Zeitungen.

Kein Wunder, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Chemische Industrie schwindet! Unsere Ängste und Sorgen sind berechtigt. Immerhin beziehen rund 22 Millionen Menschen ihr Trinkwasser aus dem Uferfiltrat des Rheins und seiner Nebenflüsse.

Wirklich vertrauensbildende Maßnahmen aber sind nicht Anzeigenkampagnen, sondern spürbare Veränderungen. Deshalb unterbreitet Greenpeace dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) und den politisch Verantwortlichen Vorschläge, die reale Verbesserungen erbringen würden.

Greenpeace meint, so wären die Millionen, die die Werbeanzeigen gekostet haben, besser angelegt!

Als erste Sofortmaßnahme, die leicht zu verwirklichen wäre, müßte das

GLÄSERNE ABFLUSSROHR

eingeführt werden. Die Öffentlichkeit - das heißt jede/r einzelne von uns - hat das Recht zu erfahren, was an Schadstoffen in unsere Flüsse eingeleitet wird.

Um das zu wissen, muß man

- die Einleitungsgenehmigungen kennen und
- die Möglichkeit haben, jederzeit an öffentlich zugängiger Stelle eine Abwasserprobe zu ziehen.



Alle Bürger/Innen müssen in die bei den jeweiligen Wasserbehörden liegenden Wasserbücher, in denen die Einleitungsgenehmigungen enthalten sind, Einsicht nehmen dürfen. In einigen Bundesländern ist das inzwischen möglich. In anderen dagegen nur, wenn Sie ein sogenanntes berechtigtes Interesse vorweisen können. Ein solches Interesse liegt im allgemeinen dann vor, wenn Sie irgendwelche Rechte an dem Gewässer haben und diese Rechte in Gefahr sehen. Der Bezug von Trinkwasser aus dem Uferfiltrat gilt dabei grundsätzlich aber nicht als "berechtigtes" Interesse.

Gegen diese Regelungen hat Greenpeace in den letzten Jahren viele Kampagnen unternommen und nicht zuletzt deshalb sind inzwischen mehr Bundesländer bereit, die Einleitungsgenehmigungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In den USA gibt es schon seit 1976 ein entsprechendes Gesetz, daß aus solchen Genehmigungen kein Geheimnis mehr gemacht werden darf. ("Freedom of Information Act")

In der Bundesrepublik wurde und wird die Heimlichtuerei mit dem Argument begründet, Konkurrenten der einzelnen Firmen könnten aus den Abwassergenehmigungen Rückschlüsse auf deren Produktion ziehen. Eine vollständige Offenlegung der Einleitungsgenehmigungen würde Betriebsgeheimnisse preisgeben.

Das Recht auf freie Information über die behördlich genehmigte Schadstoffbelastung unserer Gewässer muß ein demokratisches Grundrecht werden!

Aber natürlich ist das, was auf dem Papier steht, noch nicht die Wirklichkeit. Das zweite Element des gläsernen Abflußrohres ist die Überwachung der Abwasserrohre. Auch Behörden gestehen hier ein großes Vollzugsdefizit ein.

Wichtig ist die Einrichtung einer jederzeit öffentlich zugängigen Probeentnahmestelle.

Derzeit müssen die behördlichen Kontrolleure das Werksgelände betreten, um sich entweder Proben vom Werk aushändigen zu lassen oder um selbst welche zu ziehen.

Welche Probe wird schon von den Behörden z.B. Dienstag, nachts, um 3 Uhr gezogen?

Die bestehenden Gesetze und die Praxis entsprechen nicht den Erfordernissen einer effektiven Kontrolle.



Kontrolle ist gut - Vermeiden ist besser!

Aber eine noch so gute Kontrolle wird unsere Gewässer nicht gesunden lassen. Die Flüsse und Meere sterben den legalen Tod.

Der eigentliche Skandal sind die offiziellen, behördlich genehmigten Schadstoffeinleitungen.

Nach wie vor gibt es Uralt-Genehmigungen, die im Grunde einen Freibrief für die betreffenden Firmen darstellen. So hat z.B. die Bremer Wollkämmerei noch eine Genehmigung aus dem Jahre 1899, und diese ist sogar unbefristet. Oder die Duisburger Kupferhütte mit einer Genehmigung aus dem Jahre 1977. Das nach eigener Werbung modernste aller Bayer-Werke in Brunsbüttel hat seine Genehmigung noch aus dem Jahre 1974.

Anstatt geschlossene Produktionskreisläufe und Abwasseraufbereitungssysteme zu bauen, ist es immer noch billiger für die Firmen und Kommunen, die Abwässer legal gegen eine Gebühr in die Flüsse zu leiten.

Im Rahmen der Nordseekonferenz im Nov. '87 wurde in einer freiwilligen Vereinbarung der Umweltminister u.a. gesagt, daß die Schadstoffbelastung unserer Flüsse bis 1995 um 50 Prozent reduziert werden soll - im Vergleich zu 1985.

Nun - das hört sich zunächst recht gut an. Doch bei den meisten Flüssen ist noch nicht einmal bekannt, was 1985 an Schadstoffmengen den Fluß runterschwamm.

Außerdem müssen die krebserregenden und sich anreichernden Gifte eben sofort gestoppt werden, und nicht erst 1995.

Zu guter Letzt kann nicht akzeptiert werden, daß diese freiwillige Vereinbarung von den Wirtschaftsministern jederzeit außer Kraft gesetzt werden kann.

Das ist der Haken einer solchen freiwilligen Vereinbarung: Sie hat keinerlei bindende Kraft.

Unsere Möglichkeiten, in der Bundesrepublik diese Vereinbarung zu verbessern, liegen sowohl bei den einzelnen Bundesländern als auch beim Bundesministerium für Umweltschutz.

Auf Bundesebene muß eine Rahmengesetzgebung erarbeitet werden, um den Bundesländern und Wasserbehörden stärkere Pflichten aufzuerlegen, solche Uralt-Genehmigungen z.B. zu widerrufen. Weiterhin hat der Bundesminister für Naturschutz die Kompetenz, die Produktion einzelner Stoffe zu verbieten, die das öffentliche Gemeinwohl besonders gefährden. Er sollte von dieser Möglichkeit stärker Gebrauch machen.

Auf Länderebene müßten die Einleitungsgenehmigungen aktualisiert und drastisch reduziert werden.

Schon bei der Planung der Produktion darf es nicht nur nach ökonomischen Kriterien gehen, sondern auch ökologische Gesichtspunkte müssen berücksichtigt werden. In der Papierindustrie z.B. können geschlossene Wasserkreisläufe eingerichtet werden, wodurch die Schadstoffeinleitungen drastisch reduziert würden. Auf jeden Fall müssen die Kläranlagen und damit die Einleitungsgenehmigungen dem jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik angepaßt werden.



VORAGSREIHE UMWELTFORSCHUNG

UMWELT UND POLITIK

Vor etwa einem Jahr war eine Gruppe von Fachschaftlerwau auf der Bundesfachschaftentagung in Kaiserslautern .Halbjährlich treffen sich dort Chemiefachschaften aus ganz Deutschland zum Ideen- und Informationsaustausch. Hier erfuhren wir auch von einer erfolgreichen, d.h. gut besuchten Vortragsreihe, die die Fachschaft Aachen regelmäßig veranstaltet. Nachdem sich in Darmstadt einige Professoren für unseren Vorschlag, etwas Ähnliches zu organisieren, begeistern konnten, lief also unsere Vortragsreihe " Umweltforschung " an.



Als Auftakt sprach am 8. Juni Prof Ernst-Ulrich v. Weizäcker zum Thema "Umwelt und Politik". Als Direktor des europäischen Umweltinstitutes in Bonn ist er wohl in diesem Fach kompetent wie wenige andere.

Prof v. Weizäcker hob zunächst die steigende Bedeutung der Umwelt - politik hervor, die nicht zuletzt anhand des Presse - echos auf umweltpolitische Entscheidungen deutlich wird. Er prognostizierte, daß in kommenden Jahr - zehnten "Politik betreiben" in erster Linie "Umwelt - politik betreiben" heißen

wird. Oder anders ausgedrückt : Das 21. Jahrhundert wird das der Ökologie sein so wie das 20. Jahrhundert das der Ökonomie ist und die früheren Jahrhunderte im Zeichen der Religion oder des Fürstenhofs standen. Der Erfolg von Politik wird nicht mehr an dem wirtschaftlichen Nutzen gemessen werden, sondern an der Umweltverträglichkeit.

Nun muß sich aber Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit nicht notwendig ausschließen. Wichtig sei allerdings, daß der Staat Signale setze. Prof v. Weizsäcker stellte das Modell einer ökologischen Steuerreform vor. Einfach ausgedrückt soll durch sie erreicht werden, daß umweltschädliches Verhalten so verteuert wird, daß es sich keiner mehr leisten kann. Das kann beispielsweise durch Verteuerung von Strom und Benzin geschehen, durch noch deutlichere Bevorteilung von Katalysatorwagen, oder auch durch relative Vergünstigung der öffentlichen Verkehrsmittel auf Kosten des Individualverkehrs. Erheblich strengere Umweltauflagen sollen die Industrie zwingen, umweltfreundlichere



Geräte, Verfahren und Werkstoffe einzusetzen. Als Beispiel für die Durchführung solcher Bestimmungen gab Prof v. Weizsäcker Japan an, wo dieser Zwang dazu geführt habe, daß Japan in der Entwicklung umweltfreundlicher und energiesparender Geräte und Verfahren auf dem Weltmarkt die Nase vorne hat; und deswegen auch großen wirtschaftlichen Nutzen aus diesen anfangs unbequemen Maßnahmen hat.

Diese Entwicklung einzuleiten, sowie die Koordination zwischen den europäischen Staaten herzustellen, gab Prof v. Weizsäcker als eines der Hauptziele des europäischen Umweltinstitutes an.

In der darauffolgenden Diskussion wurden vor allem Zweifel an der Durchführbarkeit einer ökologischen Steuerreform laut. Als mögliche Alternative wurden härtere Strafen für Umweltsünder vorgeschlagen. Ohne die Bestrafung von Umweltverschmutzern abzulehnen gab Prof v. Weizsäcker jedoch zu bedenken, daß diese "Haltet den Dieb" - Mentalität nicht dazu geeignet ist, eine gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen, deren Notwendigkeit er drastisch betonte.

Übrigens

...sind laut Diplomprüfungsordnung
Zuhörer in den Diplomprüfungen
grundsätzlich zugelassen. Die Öffentlich-
keit kann auf Wunsch des Prüflings
ausgeschlossen werden.

...können wir uns an keine einzige
öffentliche Prüfung erinnern.

... findet am 13. Juli der letzte
Vortrag unserer Vorlesungsreihe
"Umweltforschung" statt.

... gedeihen in der Irenenstraße
Frösche sogar im zweiten Stock.

... Pi mal Fensterkreuz gibt
Donnerstag!

...gibt es wieder Prüfungsgebühren.

... haben wir endlich wieder Bier
im TNT-Raum!!!